07.03.2024

Drucksache 026/24

Verlängerung der Allgemeinen Vorschrift über die Festsetzung des Deutschlandtickets als Höchsttarif

Gremium	Sitzungsdatum	Beschlussstatus	Beratungsstatus
Kreisausschuss	18.03.2024	Empfehlungsbeschluss	öffentlich
Kreistag	19.03.2024	Entscheidung	öffentlich

Organisationseinheit	Mobilität, Natur und Umwelt
Berichterstattung	Dezernent Adrian Kersting

Budget	69	Mobilität, Natur und Umwelt
Produktgruppe	69.04	Mobilität und Klimaschutz
Produkt	69.04.01	Mobilitätsplanung, Aufgabenträgerschaft ÖPNV

Haushaltsjahr	2024	Ertrag/Einzahlung [€]	ca. 260.000
		Aufwand/Auszahlung [€]	ca. 260.000

Klimarelevante Auswirkungen keine positive negative

Umfang der Auswirkungen Erläuterung siehe Sachbericht

Beschlussvorschlag

- Die Allgemeine Vorschrift zum Ausgleich nicht gedeckter Ausgaben im öffentlichen Personennahverkehr im Zusammenhang mit dem Deutschlandticket im Jahr 2024 aus Bundes- und Landesmitteln an die im Kreis Unna tätigen Verkehrsunternehmen wird in der beigefügten Fassung beschlossen und die Geltungsdauer zunächst bis zum 30.06.2024 verlängert.
- Der Landrat wird beauftragt, die WestfalenTarif GmbH über den Beschluss nach Ziff. 1 zu unterrichten.

Sachbericht

Auf Basis von Drucksache 268/23 wurde die Allgemeine Vorschrift über die Festsetzung des Deutschlandtickets als Höchsttarif zunächst für den Zeitraum 01.01.2024 bis 30.04.2024 beschlossen. Eine unbefristete Geltungsdauer oder auch eine Laufzeit für das komplette Jahr 2024 kamen seinerzeit aufgrund der unklaren bzw. potenziell nicht auskömmlichen Finanzierung des Deutschlandtickets nicht in Frage.

Zwischenzeitlich hat sich die Verkehrsministerkonferenz dafür ausgesprochen,

- das Deutschlandticket zu einem unveränderten Preis von 49 €/Monat zumindest bis Ende 2024 fortzusetzen,
- nicht verausgabte Restmittel für den Ausgleich der Mindereinnahmen aus dem Jahr 2023 in das Jahr 2024 zu übertragen, um so ausreichende Mittel für das komplette Jahr 2024 bereitstellen zu können.

Zwar hat sich das Volumen der zu übertragenden Restmittel 2023 gegenüber den ursprünglichen Prognosen erhöht, ob diese, in Kombination mit den ohnehin für 2024 eingeplanten Ausgleichsmitteln von 3 Mrd. €, aber tatsächlich ausreichen, um alle Mindererlöse auszugleichen, lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt nicht mit Sicherheit vorhersagen. Eine Verlängerung der Allgemeinen Vorschrift bis zum 31.12.2024 kommt daher, um Finanzierungsrisiken vom Kreis Unna abzuwenden, momentan noch nicht in Frage (aktuelle Prognosen gehen davon aus, dass – eine Übertragung der Restmittel 2023 vorausgesetzt – eine auskömmliche Finanzierung bis Ende Oktober 2024 sichergestellt ist).

Analog zur Verlängerung der Tarifanerkennung des Deutschlandtickets durch den WestfalenTarif bis zum 30.06.2024 soll die Allgemeine Vorschrift daher vorerst ebenfalls bis zu diesem Datum verlängert werden. Sobald eine auskömmliche Finanzierung für das gesamte Jahr 2024 sichergestellt ist, kann die Allgemeine Vorschrift in einem weiteren Beschluss bis zum Ende des Jahres verlängert werden.

Die im Dezember 2023 beschlossene Fassung der Allgemeinen Vorschrift war in Teilen noch als vorläufig anzusehen, da die zugrunde liegende Richtlinie des Landes NRW zum Zeitpunkt der Fertigstellung noch nicht vorlag. Mit dem Beschluss zur Verlängerung der Geltungsdauer der Allgemeinen Vorschrift sollen daher nun auch notwendige Änderungen vorgenommen werden. Im Einzelnen wurde folgende Änderungen eingearbeitet:

Präambel:

- Hinweis auf Verkehrsministerkonferenz 22.01.2024 ergänzt
- Hinweis auf Befristung der Einführung Deutschlandticket im WestfalenTarif bis zum 30.06.2024 korrigiert (bislang 30.04.2024)
- Fußnote 2 mit Verweis auf die aktuelle Landesrichtlinie korrigiert

§ 2 Gemeinwirtschaftliche Verpflichtung:

- Redaktionelle Anpassung zur Klarstellung in Absatz 1 Satz 1: Hinweis auf Anwendung Beförderungsbedingungen und Tarifbestimmungen WestfalenTarif ergänzt

§ 6 Ausgleichsleistungen:

- Fußnote 3 mit Verweis auf die aktuelle Landesrichtlinie korrigiert

§ 7 Überkompensationskontrolle:

- Redaktionelle Klarstellungen in Absatz 1 Satz 2 und Ergänzung von Satz 3

§ 8 Darlegungs- und Nachweispflichten:

- Anpassung des Absatzes 2 an die aktuelle Landesrichtlinie und – in diesem Zusammenhang – Anpassung der Frist der Nachweisführung durch die Verkehrsunternehmen vom 31.03.2026 auf den 31.01.2026

§ 10 Hinweise:

- Ergänzung der Sätze 3 bis 5 in Absatz 1 aus dem Musterzuwendungsbescheid NRW

§ 11 Inkrafttreten und Geltungsdauer; Außerkrafttreten

- Redaktionelle Anpassung zum Inkrafttreten in Absatz 1
- Anpassung der Geltungsdauer in Absatz auf den 30.06.2024 (bislang 30.04.2024)

Anlage:

- Antragsformular ergänzt

Erläuterung zur Klimarelevanz

Durch die Allgemeine Vorschrift wird die Anerkennung des Deutschlandtickets auch bei den eigenwirtschaftlich erbrachten Verkehrsleistungen abgesichert und hierdurch die Attraktivität des Gesamtsystems ÖPNV gesteigert.

Anlagen

Anlage 1: Satzung (Allgemeine Vorschrift) über die Festsetzung des Deutschlandtickets als Höchsttarif